



Barsinghausen, den 10.08.2016

Änderungsantrag zur Vorlage Nr.: XVII/1010 „Sicherstellung der Finanzierung für ProBeruf“; Schulausschuss: 10.08.2016; TOP: 5

Schulsozialarbeit und „ProBeruf“ – nicht zwei Seiten einer Medaille, sondern zwei unterschiedliche Medaillen!

1. Die Stadt Barsinghausen begrüßt, dass die niedersächsische Landesregierung die Schulsozialarbeit als dauerhafte Landesaufgabe durch Schaffung zusätzlicher Stellen anerkennt und damit in den Schulen verankert, wodurch für verlässliche Rahmenbedingungen sowohl in personeller als auch in organisatorischer Hinsicht gesorgt ist.
2. Die in der Sitzung des Schulausschusses am 09.05.2016 geforderte Informationsdrucksache zur Darstellung der Finanzierung von „ProBeruf“ ist unverzüglich vorzulegen.
3. Der Wegfall des Hauptschulprofilierungsprogramms, von dem in Barsinghausen die Lisa-Tetzner-Schule, die KGS Goetheschule und die Bert-Brecht-Schule profitieren, darf nicht dazu führen, dass die erfolgreiche Arbeit von „ProBeruf“ aufgegeben werden muss.

Der Bürgermeister wird deshalb aufgefordert,

- a) umgehend einen „Runden Tisch Ausbildungsförderung“ einzurichten, an dem alle Akteure (Stadt, Region, Bundesagentur für Arbeit, kirchliche Dienste, aber auch die örtliche Wirtschaft einschließlich der Stadtparkasse Barsinghausen sowie Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter/innen) beraten, wie die Finanzierung von „ProBeruf“ über den 31.12.2016 hinaus sichergestellt werden kann.
- b) für den Fall, dass andere Mittel nicht verfügbar sind, die erforderlichen Gelder bereits in den städtischen Haushalt für 2017 einzustellen.

Begründung:

Mit der Anerkennung der schulischen Sozialarbeit als Landesaufgabe erfüllt die niedersächsische Landesregierung eine Forderung der kommunalen Spitzenverbände; das ist zu begrüßen, weil damit klargestellt ist, dass schulische Sozialarbeit in der Verantwortung der Schulen und nicht ihrer Träger liegt. Das Land sorgt für eine eindeutige Kompetenzverteilung und entlastet die Kommunen.

Völlig unabhängig davon soll die erfolgreiche Arbeit von „ProBeruf“ in Barsinghausen fortgesetzt werden, die mit schulischer Sozialarbeit nichts zu tun hat. Wenn Landesmittel dafür künftig nicht zur Verfügung stehen, müssen alternative Finanzierungen unter Beteiligung der örtlichen Wirtschaft einschließlich der Stadtparkasse in Betracht gezogen werden. Die verspätete Informationspolitik der Stadt zu diesem Thema hat leider dazu geführt, dass nur noch ein enges Zeitfenster zur Verfügung steht; deshalb ist es unumgänglich, dass im Hinblick auf die Situation der unterstützungsbedürftigen Schulabgängerinnen und –Abgänger die Stadt „in die Bresche“ springt, wenn die Weiterarbeit von „ProBeruf“ über den 31.12.2016 hinaus nicht sichergestellt werden kann. Der Bürgermeister bleibt in der Pflicht, die bereits im Mai dieses Jahres geforderte Informationsdrucksache zu erstellen, die alle vertraglichen – nach Möglichkeit auch arbeitsvertraglichen – Beziehungen darstellt.

Für die SPD-Ratsfraktion
gez. Thomas Wittschurky

Für die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gez. Ulrike Westphal